



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Expertenanhörung zur pflegerischen Versorgungssituation in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege führt eine Expertenanhörung zur pflegerischen Versorgungssituation in Bayern durch.

Dabei sollen insbesondere Themenkomplexe der Fehl- und Mangelversorgung, der Fachkräftesicherung und -gewinnung, die Situation von pflegenden Angehörigen, Entbürokratisierung, Digitalisierung, Beratung und Information, sowie innovative Ideen in der Langzeitversorgung beleuchtet werden.

Begründung:

Eine Befragung des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa) unter 300 seiner Mitglieder aus dem Jahr 2018 hat ergeben, dass alleine in diesen Einrichtungen in einem Zeitraum von sechs Monaten 3.579 Pflegebedürftige von stationären Pflegeheimen und 3.171 Pflegebedürftige von ambulanten Pflegediensten abgelehnt wurden. Die Zahlen lassen vermuten, dass es in Bayern immer mehr Pflegebedürftige gibt, die trotz Bedarfs keine adäquate pflegerische Versorgung finden. Aber nur eine Erhöhung des pflegerischen Angebots ist nicht zielführend, da häufig Leistungen nicht angeboten werden können, weil die entsprechenden Fachkräfte fehlen. Aus einer Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Dr. Spitzer vom 26.06.2019 geht hervor, dass im Jahr 2017 mehr als jedes vierte Pflegeheim in Bayern die Fachkraftquote in Höhe von 50 Prozent nicht erfüllen konnte. Gleichzeitig warten viele Fachkräfte aus dem Ausland auf ihre Anerkennung. Ebenso deckt das derzeitige Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen in Bayern bei Weitem nicht den Bedarf. Drei von vier Pflegebedürftigen werden daheim von Angehörigen gepflegt. Von der Staatsregierung wurde ein millionenschweres Förderprogramm aufgelegt, um zusätzliche Kurzzeitpflegeplätze einzurichten. Mit Stand 04.06.2019 sind 62 Kurzzeitpflegeplätze laut Aussage des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege geschaffen worden. Jedoch wurden die Pflegeplätze nicht neu geschaffen, sondern Langzeitpflegeplätze umgewandelt, wodurch diese die nächsten Jahre nicht mehr für die Langzeitbetreuung von Pflegebedürftigen zur Verfügung stehen. Alle Ansatzpunkte, die nach Meinung der FDP-Fraktion Landtag dringend mit Experten analysiert werden müssen, um nach geeigneten Lösungsinstrumenten und -strategien zu suchen, die kurz-, mittel- und langfristig die pflegerische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.